

**Umfairteilen-Aktionstag am 13.4. in über 100 Städten!  
Auch in Bochum und Dortmund beteiligten sich Cas-  
troper Grüne und forderten gemeinsam mit vielen wei-  
teren Menschen**

## **"Umfairteilen - Reichtum besteuern!"**

***Der Aktionstag " Umfairteilen - Reichtum besteuern!"  
am 13.04.2013 war ein voller Erfolg: In bundesweit rund  
100 Städten sind Bürgerinnen und Bürger für eine stär-  
kere Besteuerung von Reichtum, gegen soziale Un-  
gleichheit und Sozialabbau auf die Straße gegangen.  
Das sind mehr als doppelt so viele Aktions-Orte als  
noch zuletzt beim ersten Aktionstag 2012. Allein in Bo-  
chum gingen mehr als 2000 Menschen zur Demonstra-  
tion und Kundgebung auf die Straße.***

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Ge-  
samtverbandes, der sowohl bei den Aktionstagen in Dortmund,  
Bochum und Wuppertal eine Rede hielt, bilanzierte: "Die Vermö-  
genskonzentration in Deutschland ist nicht nur ungerecht, sie ist obszön. Über 100 Aktionsstandorte in  
Deutschland zeigen: Unsere Bewegung gewinnt fantastisch an Fahrt. Die Bundespolitik kann die Augen vor  
der Verteilungsfrage nicht mehr verschließen. Der Aktionstag war ein wichtiger Auftakt für weitere Proteste.  
Denn die Vermögenskonzentration in Deutschland ist „nicht nur ungerecht, sie ist obszön“, so Ulrich Schnei-  
der.

Auch Jutta Sunder-  
mann vom globali-  
sierungskritischen  
Netzwerk Attac  
wertete den Akti-  
onstag als wichti-  
gen Auftakt für wei-  
tere Proteste: "Die  
Lage in Europa  
spitzt sich zu, die  
wachsende soziale



Ungerechtigkeit brennt den Menschen auf den Nägeln. Deshalb wächst unsere Bewegung von Tag zu Tag,  
deswegen haben am 13.4. tausende Menschen in ganz Deutschland Druck gemacht für echte Umverteilung  
und eine neue Solidarität eingefordert. Wir müssen endlich die Reichen und Superreichen in die Pflicht neh-  
men."

Am 13.04. haben tausende Menschen in ganz Deutschland aber insbesondere im von Armut am meisten be-  
troffenen Ruhrgebiet eine neue Solidarität eingefordert. Die Reichen und Superreichen müssen in die Pflicht  
genommen werden, um Investitionen in mehr Bildung und Soziales, Pflege und Gesundheit, in bessere öffent-  
liche Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau und die Energiewende zu ermöglichen. Es werden dringend neue  
Spielräume für Schuldenabbau und internationale Armutsbekämpfung gebraucht. Dafür sind eine dauerhafte  
Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe und den konsequenten Kampf gegen Steuerbetrug und  
Steueroasen besonders wichtig.

Dem parteipolitisch unabhängigen Bündnis "Umfairteilen – Reichtum besteuern!" gehören auf Bundesebene  
24 Organisationen an: Vom globalisierungskritischen Attac und dem Online-Netzwerk Campact, Gewerkschaf-  
ten wie Verdi und GEW, Sozialverbänden wie Paritätischer Wohlfahrtsverband, SoVD und Sozialverband VdK  
über die Katholische Arbeitnehmerbewegung, Migrant\*innenverbände, Jugend- und Studierendenorganisationen  
bis hin zu den Naturfreunden Deutschlands und der Initiative Vermög\*nder für eine Vermögensabgabe. (H.S.)

**Umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung durch gute Institutionen und gerechte Verteilung**

## EINE GESELLSCHAFT FÜR ALLE

***Ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger bleibt in diesem Land ohne Zugang zu guter Bildung und Arbeit, den entscheidenden Voraussetzungen für eine eigenständige Existenzsicherung und ein Leben in Selbstbestimmung und Anerkennung. Die Aufstiegsmöglichkeiten bei schlechten sozialen Ausgangsbedingungen sind massiv blockiert.***

Sowohl durch Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt als auch durch falsche Weichenstellungen bei den Sozialreformen der Vergangenheit haben begründete Abstiegsängste bis in die Mittelschicht zugenommen. All diese Entwicklungen gefährden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gleichzeitig werden die Reichen reicher und die Armen ärmer – das ist nüchterne Beschreibung der Realität im aktuellen Armut- und Reichtumsbericht des Bundesarbeitsministeriums.

Zehn Prozent der Haushalte in Deutschland verfügen über weit mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren 50% der Haushalte in Deutschland besitzen zusammen gerade einmal ein Prozent des Nettovermögens. Das private Vermögen ist zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen Euro gewachsen. Im gleichen Zeitraum sind die Staatsschulden um 500 Mrd. Euro auf über 2 Billionen gewachsen.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis der Dominanz neoliberalen Denkens, das einen freien Markt über alles stellt. Auch die Rot-Grüne Regierungszeit war nicht frei von diesem Geist, auch wir haben Fehler gemacht. In der Steuer- und Sozialpolitik haben wir Maßnahmen mit zu verantworten, wie etwa die Einseitigkeit bei den Sozialreformen, die zu der beschriebenen Entwicklung beigetragen haben und nach 2005 noch verschärft wurden. Wir Grüne haben uns in den letzten Jahren dieser Diskussion gestellt, die Regierungszeit aufgearbeitet und unsere Konzepte weiterentwickelt.

Zu diesem Themenkomplex führen wir am 18. Juni 2013 eine Diskussionsveranstaltung mit dem Grünen Bundestagsabgeordneten Markus Kurth durch.

Vorankündigung

## EINE GESELLSCHAFT FÜR ALLE !?

Diskussionsveranstaltung mit Markus Kurth (MdB)

18.6.2013 ab 19.00 Uhr in der Mensa der Willy-Brandt-Gesamtschule

Bündnis90/Die Grünen Stadtverband Castrop-Rauxel

[www.gruene-castrop-rauxel.de](http://www.gruene-castrop-rauxel.de)

## Rückzug von Udo Weber erfordert personellen Umbau der Ratsfraktion

***Anfang März erklärte unser Ratsmitglied Udo Weber aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt von allen politischen Ämtern. Da er auch Vorsitzender des Umweltausschusses war, erfordert sein Rückzug einen personellen Umbau der Fraktion.***

Udo Weber wurde vor allem in seiner Funktion als umweltpolitischer Sprecher der Fraktion für seine Fachkompetenz geschätzt. Die Baumschutzsatzung der Stadt Castrop-Rauxel wurde unter seiner Führung formuliert und auch auf den aktuell gültigen Flächennutzungsplan nahm er maßgeblich Einfluss. Partei und Fraktion bedauern Udos Rückzug sehr. Gleichzeitig wünschen wir ihm alles Gute für die Zeit nach der Politik, hoffen aber regelmäßig auf seine Kompetenz in umweltpolitischen Sachfragen zurückgreifen zu können.

Bei der Sitzung des Rates am 7. Mai wird dann erstmals Andreas Kemna den Platz von Udo einnehmen. Als Vierter der Reserveliste war es sehr schnell klar, dass der 33jährige in den Rat nachrücken würde. Andreas ist



seit 2006 Mitglied des Stadtverbands von Bündnis 90/Die Grünen. In der aktuellen Ratsperiode war er bereits als Sachkundiger Bürger im Umweltausschuss und im Betriebsausschuss 3 tätig. Seit 2012 ist er Sprecher des Stadtverbands. Außerhalb der Stadtgrenzen arbeitet Andreas seit 2011 als Beisitzer im Vorstand des Kreisverbands mit. In dieser Funktion wurde er Mitte April mit großer Mehrheit bestätigt. Außerdem ist er stellvertretender Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft „Demokratie und Recht“.

Bei den Landtagswahlen 2010 und 2012 kandidierte er als Direktkandidat in den Wahlkreisen Gladbeck/Dortsten bzw. Castrop-Rauxel/Waltrop/Datteln. Hauptberuflich arbeitet Andreas als Justizvollzugsbeamter in der JVA Castrop-Rauxel und engagiert sich dort sowohl gewerkschaftlich als auch im Personalrat.

Andreas wird die Grüne Ratsfraktion als stimmberechtigtes Mitglied im Betriebsausschuss 1 vertreten.

*Andreas Kemna, neues grünes Ratsmitglied*